

9. Februar 1907 In London demonstrieren 3.000 britische Suffragetten für die Einführung des Stimmrechts für Frauen, an ihrer Spitze Lady Frances Balfour und Lady Millicent Garrett Fawcett.

13. Februar 1947 Berlin – Der Magistrat von Groß-Berlin hatte auf Drängen der Sozialistischen Einheitspartei (SED) die Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum beschlossen.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

2. Ausgabe / 27. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

7. Februar 2017

Alternativer Neujahrsempfang DIE LINKE.Halle 2017

Trotz widriger Umstände, wie z. B. nasskaltes Wetter mit Regen, wurde unser Alternativer Neujahrsempfang wieder gut angenommen. Mein besonderer Dank gilt all jenen Genossinnen und Genossen, die in Unaufgeregtheit improvisiert haben und zwar so, dass Gäste dies nicht merkten. Danke auch an die Abgeordneten des Landtages und des Bundestages sowie den Stadträtinnen und Stadträten, die an diesem Tag den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung standen.

Gute Gespräche konnten geführt und neue Kontakte geknüpft werden. In der Hoffnung, 2018 besseres Wetter und keine unangenehmen Begleitumstände zu haben, freue ich mich auf den nächsten Alternativen Neujahrsempfang.

Marianne Böttcher

Vorsitzende des Stadtverbandes



In Berlin und (H)alle dabei – Die vergessenen Reformatoren

2017 reden alle über diesen einen Mann: Luther. Martin Luther. Der Mann mit dem Hammer und den 95 Thesen. Der Mann mit dem Tintenfass und der Mönchskutte. Der Mann mit den Bauernaufständen und der Bibelübersetzung. Der Mann mit der Reformation und der Lutherdekade.

Der Mann ... Ja, Luther, überall nur Luther.

Sachsen-Anhalt feiert den großen Reformator und ganz Deutschland bekommt am 31. Oktober, dem Reformationstag, einen Tag frei. Warum? Weil er mit 95 Thesen die Kirche reformiert hat. Luther war, ... Luther ist, ... Luthers Name ist in aller Munde. Ja, war er denn der einzige Mensch, der die Kirche reformiert hat? Nein. Aber über die anderen wird dieses Jahr kaum gesprochen: Thomas Müntzer zum Beispiel oder Philipp Melanchthon oder Katharina von Bora oder Johannes Calvin. Moment. Katharina von Bora? Eine Frau? Ja. Denn es gibt auch Reformatorinnen, über die viel zu wenig gesprochen wird.

Katharina von Bora war Luthers Frau und eine ehemalige Nonne. Das Leben als Nonne gefiel ihr nicht und so verließ sie kurzerhand im Jahr 1523 mit ein paar anderen Leidensgenossinnen das Kloster von Nimbschen. Da sie das aber nicht einfach so gedurft hätten, ging diese spektakuläre Flucht als Nonnenraub zu Nimbschen in die Geschichte ein. Luther wusste von der Sache und half den flüchtigen Ordensschwwestern, gute Ehemänner zu finden. Nur Katharina hatte da zunächst kein Glück. Luther ging daraufhin die Sache recht pragmatisch an und heiratete seine Käthe vom Fleck weg. Durch diese Verbindung demonstrierte er seine befürwortende Einstellung zur Priesterehe. Später wurde aus dem Zweckbündnis dann aber wohl auch ein Bündnis aus Zuneigung. Katharina wurde die starke Frau hinter Luther. Sie kümmerte sich nicht nur um Haushalt und Kinder, sondern war auch Luthers Beraterin und nahm als solche auch selbstbewusst an seinen theologischen Diskussionen teil. Das ist für die damalige Zeit ein bemerkenswerter Einfluss einer Frau. Katharina ging aber auch sonst nicht gerade zimperlich mit ihrem Gatten um. Da Luther mit Geld nicht gut umgehen konnte, schränkte sie ihn regelmäßig ein, was ihr den Kosenamen meine Herrin, oder, wenn sie besonders streng war, auch mein Herr, einbrachte.

Auch den anderen großen Reformatoren standen

starke Frauen zur Seite. Katharina Melanchthon unterstützte ihren Mann Philipp so gut sie konnte und teilte mit ihm ein großes wohlütiges Herz, was beide sehr oft in finanzielle Schwierigkeiten brachte. Ottilie Müntzer entflohen angeblich ebenfalls einem Kloster und stellte sich somit gegen den katholischen Glauben. Sie heiratete den Luther-Kritiker Thomas Müntzer und endete nach dessen Hinrichtung mittellos. Aber auch außerhalb Deutschlands gab es in der Geschichte immer wieder starke Frauen hinter namenhaften Männern und auch Frauen, die sich selbst einen großen Namen machten, indem sie die Kirche reformierten.

Heinrich VIII. König von England ist berüchtigt für seinen liebenswerten Umgang mit seinen Ehefrauen. „Geschieden, geköpft, gestorben, geschieden, geköpft, überlebt“ lautet ein Abzählreim aus England und fasst kurz und knapp zusammen, was mit den sechs Frauen Heinrichs geschah. Anne Boleyn hat es Heinrich so sehr angetan, dass er die Scheidung von seiner katholischen Frau und Königin, Katharina von Aaragon, wollte. Der Papst in Rom spielte aber nicht mit. Heinrich war nicht amüsiert und sagte sich vom Papst los, um seine eigene Kirche mit ihm selbst als Oberhaupt zu gründen. Anne trug durch ihren protestantischen Glauben und ihren Einfluss dazu bei, dass Heinrich seine Kirche reformierte und protestantische Prediger unterstützte. So wurde Anne Heinrichs zweite Ehefrau und die erste, die ihren gekrönten Kopf verlor. Nach ihr erfuhr die englische Kirche weitere starke Veränderungen. Annes Nachfolgerinnen waren katholischen Glaubens und so änderte auch Heinrich wieder die kirchlichen Regeln, bis dann seine letzte Ehefrau auf die Bühne trat. Catherine Parr war wieder eine Protestantin, schrieb Andachtsbücher und hatte den Mut, mit ihrem König theologische Gespräche zu führen. Das sorgte für Missgunst. Catherine konnte sich nur knapp vor dem Fallbeil retten und widmete sich dann später der Pflege des kranken Königs, den sie schließlich überlebte. Heinrichs zweitgeborene Tochter sollte allerdings nachhaltig die Geschichte und die Kirche Englands prägen. Königin Elisabeth I. von England wuchs zeitweilig bei Catherine Parr auf und war protestantischen Glaubens. Ihre Lebensgeschichte darzustellen würde mehr als einen Absatz benötigen und alle anderen Frauen

der Reformation überschatten. Denn auch außerhalb großer Namen und Königshäuser lassen sich noch zahlreiche Frauen finden, die reformierend wirkten und hier unmöglich alle genannt werden können. Leider.

Und so schließe ich jetzt den Bogen mit dem Blick auf eine Frau, die als erste Reformatorin in Halle gilt. Nach der Ermordung ihres Mannes wandte sich Felicitas von Selmenitz dem evangelischen Glauben zu und kam so in Kontakt mit Thomas Müntzer und Martin Luther. Beide waren von dem schicksalsgebeutelten Leben Felicitas' so beeindruckt, dass sie ihr geistige Unterstützung boten. Die Schriften Müntzers und

Luthers studierte Felicitas intensiv und ihre Anmerkungen, Notizen und Seitenverzierungsbilder bilden einen kleinen Schatz, der noch heute in der Marienbibliothek in Halle eingesehen werden kann.

Mit den großen Errungenschaften der Geschichte werden meistens Männer in Verbindung gebracht. Doch vergisst man sehr schnell, dass Frauen einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, dass diese Männer wirken konnten. Und auch die Frauen selbst haben aus den gesellschaftlichen Umständen, in denen sie lebten das Beste gemacht und große Leistungen vollbracht, die genauso gewürdigt und erzählt werden müssen.

Zum Weiterlesen

<http://frauen-und-reformation.de/>

http://www.evlks.de/leben_und_glauben/kirche_und_welt/20502.html

http://www.frauenundreformation2017.at/sites/default/files/amina_reiss.pdf

http://www.theologinnenkonvent.de/ref_beitraege.php

<http://www.zeitzeichen.net/religion-kirche/frauen-der-reformation/>

Aufruf zum Gedenken an Karl Meseberg, Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Halle während der Novemberrevolution, an der Grabstelle auf dem Südfriedhof am Freitag, dem 10. Februar 2017, Treffpunkt 10:00 Uhr am Haupteingang des Friedhofs.

Am 15. Februar 2017, 17:00 Uhr, im Linken Laden trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen zur Diskussion „Welche Hauptschwerpunkte setzt DIE LINKE im Wahlkampf 2017?“

Aufruf zum Gedenken an den Blutfreitag (13. März 1925) in Halle (Saale), an der Gedenktafel am Riveufer, Nähe Volkspark. Am Freitag, dem 10. März 2017, Treffpunkt 16:00 Uhr.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch in diesem Jahr planen wir wieder unsere Nelkenverteilung anlässlich des Frauentages in Halle-Neustadt und in Halle. Der Stadtvorstand überlegt, in Halle auch vor Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen an das weibliche Personal Blumen zum Internationalen Frauentag zu verteilen. Das können wir aber nur, wenn sich genügend Genossinnen und Genossen bereitfinden, diese Aktion zu unterstützen. Bereitschaftsanzeigen bitte an die Geschäftsstelle (Tel.: 0345 2025590), an mich (Tel.: 015737716478) oder über info@dielinke-halle.de.

Marianne Böttcher, Vorsitzende

Am 19.03.2017, 11:00 Uhr – Gedenken Märzgefallene auf dem Friedhof Ammendorf

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345/20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

02.02.2017

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 02.03.2017

Was kosten die Forderungen der LINKEN?

Unser Programm will einen Aufbruch in eine solidarische Gesellschaft und einen Bruch mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit Löhnen und Renten, von denen man leben kann. Eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Bezahlbare Mieten. Bessere Bildung. Einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des sozialen Wohnungsbaus. Wir wollen eine Echte Energiewende, Barrierefreiheit eine soziale Offensive für Alle, auch für Geflüchtete. Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, aber die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum im Interesse Aller einsetzen. Unser Programm ist machbar und durchgerechnet. Wir machen konkrete Vorschläge, wie unsere Forderungen finanzierbar sind.

1. In die Zukunft investieren

Wir werden jährlich über 100 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Hinzu kommen ca. 20 Milliarden für den sozial-ökologischen Umbau und digitale Infrastruktur. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird seit Jahren kaputtgespart. An erster Stelle stehen deshalb Investitionen, die das Leben der Menschen unmittelbar verbessern. Mindestens die Hälfte dieser Investitionen wird sich durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen selbst finanzieren.
Effektive Kosten also: 60 Milliarden Euro im Jahr.

In diesem Programm für die Zukunft sind u.a. enthalten:

- Bessere Bildung: Wir benötigen mehr Personal in Schulen, den Ausbau von Kitas, bessere Betreuungsverhältnisse, mehr Studienplätze, bessere Ausstattung für Inklusion und Integration.
Kosten: 58 Milliarden Euro
- Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Wir brauchen einen Neustart für den sozialen Wohnungsbau. Mindestens 250 000 Wohnungen müssen pro Jahr gebaut und angekauft werden.
Kosten: 5 Milliarden Euro
- In den Krankenhäusern und der Pflege sind dringend Investitionen nötig.
Kosten: 13 Milliarden Euro
- Der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut werden.
Kosten: 7 Milliarden Euro
- Investitionen in Barrierefreiheit.
Kosten: 1 Milliarde Euro

- Digitale Infrastruktur und Energiewende.
Kosten: 20 Milliarden Euro

2. Eine solidarische Gesellschaft

- Armut und Ausgrenzung bekämpfen: Wir fordern u.a. eine sanktionsfreie Mindestsicherung, eine Anpassung des Wohngelds, eine längere Bezugsdauer von ALG I.
Kosten: 45 Milliarden Euro
- DIE LINKE fordert 1.050 Euro solidarische Mindestrente, Vermögens- und Einkommensgeprüft. Angleichung der Ostrenten.
Kosten: 30 Milliarden Euro
- Familien unterstützen und Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende absichern: Kindergeld und BAfÖG erhöhen.
Kosten: 26 Milliarden Euro
- Leistungen der Krankenversicherung wieder verbessern. Zahnersatz muss wieder Kassenleistung sein uvm.
Kosten: 10 Milliarden Euro
- Wir nehmen Integration ernst: wir wollen eine soziale Offensive für Alle. Bessere Gesundheitsversorgung, Wohnungen und Bildung kommen auch Geflüchteten zu Gute. Kosten für Sprachkurse, aktive Arbeitsmarktpolitik für Geflüchtete und bessere Versorgung der Geflüchtete:
5 Milliarden Euro
- Wir wollen Demokratie stärken und die Beteiligung für Einkommensschwache erleichtern. Initiativen gegen Intoleranz und Gewalt sollen unterstützt werden.
Kosten insgesamt: 1 Milliarde Euro
- Um Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen soziale Ungleichheiten bekämpft werden. Erste Schritte sind eine Entschuldung und die lange von der Regierung versprochene Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP.
Kosten: 10 Milliarden Euro

3. Was wir uns sparen können:

Umweltschädliche Subventionen und Steuerbefreiungen, teure Prestigeprojekten in der Forschung, Rüstungsforschung und dem Verteidigungsetat.
Einsparungen: 10 Milliarden Euro

Ausgaben insgesamt: 177 Milliarden Euro

So wollen wir unsere Vorschläge finanzieren:

Es ist genug für Alle da, wenn Alle genug beisteuern. DIE LINKE legt ein durchgerechnetes Steuerkonzept vor.

- Wir wollen, dass Vermögen ab **einer Million Euro** mit fünf Prozent besteuert werden. Die erste Million bleibt von der Vermögensteuer freigestellt. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird.
Mehreinnahmen pro Jahr: mindestens 80 Milliarden Euro.
- Erbschaftsteuer: Reichtum wird vererbt – und das meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Erbschaften in Schenkungen und Unternehmensanteilen verstecken. Die Reform der Erbschaftsteuer durch die Bundesregierung hat das nur noch erleichtert. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum wird freigestellt.
Mehreinnahmen im Jahr: 5 Milliarden Euro.
- Steuervollzug: Wir wollen sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen.
Mehreinnahmen pro Jahr: Ca. 15 Milliarden Euro.
- Unternehmen sollen wieder gerecht beteiligt und die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent erhöht werden. Beispielsweise sollen Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro im Jahr dürfen nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.
Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro.

- Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer umwandeln.
Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro.
- Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.
Jährliche Mehreinnahmen: mindestens 30 Milliarden Euro.

Einnahmen Insgesamt: 180 Milliarden Euro

Senioren-Cafe' am 22.02.17

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Frau Pröter von der Volkssolidarität 1990 e. V.
Halle
erläutert das neue Pflegestärkungsgesetz II

Vorschau März:

Senioren-Cafe' am 29.03.17

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Vortrag von Elke Prinz über Clara Zetkin,
der „roten Emanze“ und „gefährlichsten Hexe
des deutschen Reiches“ (in Koop. mit der RLS)

Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger am 22. März ab 16 Uhr

im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44
Diskussion des ersten Entwurfs des
Wahlprogramms

Der Konflikt zwischen den USA und Russland - Ursachen und Hintergründe

Es spricht Gen. Oberst a.D. Gerhard Giese,
Straußberg

7. Februar 2017, 16:30 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6
Eine Veranstaltung des Rotfuchs
Fördervereins e. V.

Wir trauern um unseren Genossen

Horst Clare

29.08.1923 - 24.12.2016

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken
bewahren.

Ortsverband Halle-Nord, BO 136

Aus der Stadtratssitzung vom 25.01.2017

Spannungsgeladen war diese Stadtratssitzung. Im nicht öffentlichen Teil wurde über den Insolvenzplan der SKV-Kita gGmbH entschieden. Für unsere Fraktion war diese Entscheidung auch eine sehr emotionale, denn der Geschäftsführer dieser SKV-Kita gGmbH ist unser Fraktionsvorsitzender Bodo Meerheim. In einer der letzten Berichte zum Stadtrat ist schon berichtet worden, wie es zu diesen „Schulden“ der SKV bei der Stadt Halle gekommen ist. Wie schon geschrieben, hat die SKV-Kita gGmbH einen Insolvenzplan erarbeitet, über den der Stadtrat abstimmen musste. Die Möglichkeit des Erhalts der SKV GmbH war und ist also gegeben – wenn man will. Einzelheiten können aus der nicht öffentlichen Sitzung nicht wiedergegeben werden, aber das Ergebnis war niederschmetternd: 26 Nein zu 18 Ja Stimmen haben den Insolvenzantrag abgelehnt! Vor der Stadtratssitzung protestierten 250 Eltern, Kinder und Erzieher*innen und zeigten auf, dass das pädagogische Konzept ein Garant für 20 Jahre SKV ist! Aber als „verwerflich“ bezeichnete Hendrik Lange das Vorgehen des Oberbürgermeisters im öffentlichen Teil, denn der OB nutzte seinen Bericht zu einem Frontalangriff gegen den SKV – insbesondere gegen den Geschäftsführer Bodo Meerheim – ohne den Namen zu nennen. Es ging nicht um eine sachliche Debatte, sondern um einen bewussten politischen Affront! Und das haben nicht nur die Fraktionen der Grünen, sondern sogar die CDU/FDP-Fraktion kritisiert! Der Oberbürgermeister führt z. B. aus: „Es ist nur schwer vorstellbar, dass bei einer solchen, erheblichen, bewusst hergeführten Schädigung der öffentlichen Hand ein derartiger Insolvenzplan vom Amtsgericht zugestimmt wird.“ Der OB arbeitete mit Unterstellungen und persönlichen Angriffen. Die Atmosphäre war schon angespannt! Hendrik Lange wurde sehr direkt und warf dem Oberbürgermeister vor, sein politisches Handeln auf die Zerstörung der SKV-Kita gGmbH zu richten und den Geschäftsführer loszuwerden. Im Übrigen gibt es zwei Interessenten, die sich gerade ein „Wettbieten“ um die Übernahme der Kita GmbH liefern. Man fragt sich, wo die Millionen herkommen, die sie zur Übernahme mitbringen wollen und noch mehr darf man fragen, wie eine gemeinnützige Einrichtung diese zurückzahlen will? Anfang Februar ist die nächste Runde der Verhandlungen mit allen Gläubigern angesetzt (die Stadt ist ja nur ein

Gläubiger). Wir werden sehen, wie es weitergeht... Etwas Schönes: Unsere neue Stadträtin wurde in der Stadtratssitzung vereidigt; nun sind wir wieder komplett! Herzlich willkommen, liebe Renate Krimmling! Renate hat bereits als sachkundige Einwohnerin im Rechnungsprüfungsausschuss gearbeitet. Dort wird sie auch weiter tätig sein und dazu noch im Kultur- und Wirtschaftsausschuss. Wir danken Sarah Heinemann für ihre Tätigkeit in unserer Fraktion und wünschen ihr für ihre wissenschaftliche Zukunft alles Gute!

Marianne Böttcher übernimmt als sachkundige Einwohnerin die Aufgaben von Renate und Anton Schumann wird im Wirtschaftsausschuss als sachkundiger Einwohner tätig werden, weil Frank Rösler diese Tätigkeit aufgegeben hat. Herzlich willkommen, Marianne und Anton, und Dankeschön an Frank!

Beschlossen wurde der Bebauungsplan (B-Plan) für die Justizvollzugsanstalt in der Dessauer Straße und auch der B-Plan für ein neues Wohn- und Geschäftshaus neben dem Ritterhaus/Große/Kleine Brauhausstraße.

Viele Diskussionen gab es zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes Halle 2025. Hier ging es um die Prüfung neuer Saaleübergänge! Unser Anliegen war z.B., mit einem Änderungsantrag zu bewirken, dass der mittlere Saaleübergang zwischen Feuerwachen und Böllberger Weg gestrichen wird, weil – so führte Thomas Schied aus – eine „Betonschneise“ durch ein Naturschutzgebiet gezogen wird. Unser Antrag wurde abgelehnt. Nun werden alle Varianten geprüft!

Auch unser Antrag zum Umgang mit der Hochwasserschadenbeseitigung 2013 wurde abgelehnt. Unsere Intension war, dass wir frühzeitig in Planungen, ohne dass wir mit fertigen Baubeschlüssen konfrontiert werden, einbezogen werden. Gemeinsam mit der CDU/FDP-Fraktion und der SPD haben wir einen Antrag gestellt, für verdienstvolle Persönlichkeiten Ehrengrabstätten einzurichten. Der Antrag wurde angenommen. In den Fraktionsveranstaltungen (hier für den halleschen Süden) zum ISEK gab es Anfragen von Bürger*innen. In einer Anfrage haben wir diese aufgenommen. Die Beantwortung liegt aber noch nicht vor, sie wird voraussichtlich im Stadtrat Februar beantwortet.

Ute Haupt, Stadträtin

Nahezu 153 Tausend Erwerbslose in Sachsen-Anhalt **Zeit zu handeln statt zu tricksen**

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Juli 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juli 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann. Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Januar 2017 sind tatsächlich ca. 153 Tausend Menschen in Sachsen-Anhalt erwerbslos. **Zeit zu handeln statt zu tricksen.**

Offizielle Arbeitslosigkeit im Januar 2017 **112.620**

Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II	9.899
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	6.578
Förderung von Arbeitsverhältnissen	128
Fremdförderung	5.749
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	1.086
berufliche Weiterbildung	6.182
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	7.488
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	72
Kranke Arbeitslose (§146 SGB III)	2.736

Nicht gezählte Arbeitslose gesamt **39.918**

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Januar 2017 **152.538**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Sachsen-Anhalt, Januar 2017, Seite 9. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt.

60 Jahre KPD-Verbot



Diskurs!
mit Petra Sitte
Aktuelle Probleme,
politische Initiativen
und LINKE Alternativen

23. Februar
Beginn: 18 Uhr

Wahlkreisbüro
von Handrik Lange (Mdl.)
Am Gastronom 14
06124 Halle



Jan Korte
Abgeordneter des Bundestages

Petra Sitte
Mitglied des Bundestages

**Verbot, Verfolgung und
Diskriminierung einer Partei und
ihrer Anhänger*innen**

Diskurs!
23. Februar 2017

60 Jahre KPD-Verbot Verbot, Verfolgung, Diskriminierung einer Partei und ihrer Anhänger*innen

Am 17. August 1956 wurde die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** in der Bundesrepublik verboten, aufgelöst und enteignet. Das war der **schwarzeste Tag in der westdeutschen Kommunistenverfolgung der fünfziger und sechziger Jahre**, in denen **Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren gegen 150.000 bis 200.000 Personen durchführten, die kommunistischer oder prokommunistischer Aktivitäten verdächtigt wurden. Etwa 10.000 von ihnen wurden verurteilt.**

Das in **Europa einzigartige KPD-Verbot** erwies sich zudem als ein Mittel gesellschaftlicher Repression, die weit über den Kreis der unmittelbar **gegen Kommunisten**, deren Bündnispartner und (vermeintliche) **Gestimmte** freunde. Mit seiner Hilfe wurden **sämtliche kommunistischen Massen- und Bündnisorganisationen zerrissen** und aus dem öffentlichen Willensbildungsprozess ausgeschaltet. Und das **KPD-Verbot diente ebenfalls ihnen nach dem Bundesentschädigungsgesetz für ihren Widerstand gegen das NS-Regime zustanden, abzuverlangen oder generell zu verweigern.**

Nach 60 Jahren wird es Zeit das **Unrecht** anzuerkennen und die Opfer zu **rehabilitieren.**

Jan Korte - Kurzbiografie:



*1977 in Osnabrück, verheiratet,
eine Tochter und ein Sohn
Politikwissenschaftler MA
seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages
seit 2009 Mitglied im Vorstand und seit 2011 stellvertretender
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Publikationen u.a.: „Instrument Antikommunismus“ Dietz Berlin,
2009; „Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik“ in
„Panikover Hörträge“ (Heft 185), Hele Panke 2014; „Ein dunkles
Kapitel. Viele Lohse wurden in der jungen Bundesrepublik politisch
verfolgt“, in: RosaLux 2/2016.



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
SACHSEN-ANHALT

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.
14.02.2017 Beginn 17:00 Uhr

Argumente zum Thema Angst vor dem Islam

Besonders seit dem Aufstieg der AfD und den hitzigen Debatten um Flüchtlinge ab dem Sommer 2015 kursieren verstärkt Befürchtungen und Hass gegenüber dem Islam in den sozialen Medien, Zeitungen und Fernsehen und nicht zuletzt an Stammtischen und in persönlichen Gesprächen. Der Vortrag soll Denkanstöße geben und eine Einordnung der „Islam-Diskussion“ in die gesellschaftlichen Debatten anbieten. Bereits in der Zeit der Aufklärung wurde viel über religiöse Vorurteile und Toleranz diskutiert. Im gemeinsamen Gespräch sollen nach dem Vortrag Handlungsoptionen und Argumentationsmöglichkeiten für Alltag und Politik entwickelt werden.

mit Dr. Hilmar Preuß (Russist und Arabist)

im Wahlkreisbüro von Hendrik Lange (MdL)
Am Gastronom 14 , 06124 Halle

RLS Sachsen-Anhalt BÜRO Halle
Leitergasse 4, 06108 Halle
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Linker Laden

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Juli 2014 haben wir unsere neue Geschäftsstelle – Linker Laden – bezogen.

Mit den neuen Räumlichkeiten wurden auch neue Ideen geboren, die unser Mitgliederleben beleben sollten. Eine davon war das Senioren-Café. Das fand Anklang und einige Genossinnen und Genossen fanden sich zum Arbeitskreis Senioren zusammen und organisierten seitdem viele interessante Veranstaltungen in diesem Rahmen. Ich möchte hier nur einige Themen nennen: Patientenverfügung; Was können wir für unsere persönliche Sicherheit tun; Lichtbildervortrag über wunderschöne Urlaubserlebnisse; ein Nachmittag mit Lyrik und Gesang; Führung auf dem Stadtgottesacker. Das Senioren-Café findet immer am letzten Mittwoch ab 14:30 Uhr statt. Und der leckere selbstgebackene Kuchen dabei ist immer ein Genuss. Ein Dankeschön an alle Organisatorinnen! Ich möchte an dieser Stelle gleich noch auf die nächste Veranstaltung am 22.02.2017 hinweisen. Thema hierbei wird das neue Pflegestärkungsgesetz II sein. Hierzu sind alle Interessenten herzlich eingeladen.

Das Senioren-Café soll aber nicht das Einzige sein, was wir im Interesse unserer Senioren organisieren wollen. Die Anzahl der hochbetagten und mitunter

auch gesundheitlich nicht mehr so ganz auf der Höhe befindlichen Genossinnen und Genossen in unserem Stadtverband nimmt ständig zu. Es kommt immer häufiger vor, dass die Teilnahme an den Veranstaltungen der Basisorganisationen und Ortsverbände nicht mehr gewährleistet werden kann. Damit der Kontakt zu den Mitgliedern in solch einem Fall nicht abreißt, wollen wir uns verstärkt auch um diese Problematik kümmern. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir hierüber Kenntnis erhalten.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Kontakt zum Seniorenrat bei der Stadt Halle. Auch hier wollen wir uns für die Belange unserer Senioren einbringen.

Um all die angesprochenen Punkte im Interesse unserer Senioren zu bündeln und vielleicht noch weitere aufgreifen zu können, brauchen wir noch mehr Mitstreiter. Deshalb planen wir die Gründung einer AG Senioren. Wer also Interesse hat hier mitzuarbeiten, meldet sich bitte in der Geschäftsstelle. Wir vom bisherigen Arbeitskreis Senioren würden uns sehr über weitere Mitarbeiter freuen, wie auch über alle Ideen und Anregungen.

Lydia Roloff



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Februar Geburtstag haben.**



Wirtschaftswachstum durch Steuersenkungen ?

US Präsident Trump möchte die Marktwirtschaftlichen Kräfte durch massive Steuersenkungen und Deregulierungen neu entfesseln. Der Britische Wirtschaftsminister Philip Hammond plant die Folgen des Brexit zu mildern indem er die Unternehmenssteuern in seinem Land auf 10 Prozent, das niedrigste Niveau aller Industrieländer, senkt. Im Bundeswirtschaftsministerium zeigt man sich besorgt und wälzt bereits Pläne die Wirtschaft für die kommende Legislaturperiode weiter zu 'entlasten' um den Standort Deutschland zu verteidigen.

Besorgt, aufmerksam und kritisch sollten jedoch die Linken aller Länder sein da ein Steuer-wettbewerb nach unten vor allem ihrer Klientel schaden würde, welche im Unterschied zu den Milliardären in Trumps

Kabinettt auf die Steuerfinanzierung öffentlicher Güter angewiesen ist.

Den von der Globalisierung gebeutelten Arbeitern, Niedriglöhnern, und Arbeitslosen, von denen viele den blonden Milliardär gewählt haben, würde dessen Steuerreform wenig nützen.

Denn 2012 zahlten in den USA 50 Prozent aller Steuerzahler 97,2% aller Einkommenssteuern während die unteren 50 Prozent die restlichen 2,8 Prozent bezahlten. Nach Modellrechnungen des Tax Policy Centers zahlten 45,3 Prozent aller US Haushalte 2015 überhaupt keine Einkommenssteuer.

Darüber hinaus hatte schon Karl Marx erkannt, dass radikale Steuersenkungen den Arbeitern nichts bringen würden.

„Die Abschaffung solcher Steuern, die der Kapitalist zu zahlen hat (u. a. Lohnsteuer, Gewinnsteuer etc.), ändert absolut nichts an der Menge Mehrwert, das der industrielle Kapitalist in erster Hand dem Arbeiter auspumpt. Sie ändert nur die Proportion, worin er Mehrwert in seine eigene Tasche steckt oder mit dritten Personen [dem Staat] teilen muss. Sie ändert also nichts an dem Verhältnis zwischen Wert der Arbeitskraft (Lohn) und Mehrwert.“ (K. Marx, Kapital I, MEW 23, 544 Anm. 10.)

Da ein weit geringerer Teil des Einkommens Reicher und Superreicher in den Konsum fließt als desjenigen der unteren Mittelklasse und der sogenannten 'Unterschichten' wäre das Ergebnis nicht die erhoffte Stimulierung des Wachstums, sondern jene Überakkumulation von Kapital, welche eine der Hauptursachen der immer häufigeren Finanzkrisen ist.

Aber die Reichen investieren ja auch, so wird oft argumentiert. Wie sie investieren, lässt sich zum Beispiel an den steigenden Preisen für Luxusimmobilien

ablesen. Die Zeitung DIE WELT berichtet, dass zur Zeit in Palm Springs eine Villa mit 8000 Quadratmetern und bescheidenen 50 Bädern für 186 Millionen Euro angeboten wird. Dazu gehören auch ein Grundstück mit 64000 Quadratmetern, ein Basketballplatz, ein Golfplatz, ein übergroßer Pool, ein Privatstrand und der unverzichtbare Hubschrauberlandeplatz. Deren Preis nimmt sich gegenüber einem anderen Anwesen im Kalifornischen Bel Air, welches für 235 Mio. Euro im Angebot ist, noch moderat aus. Hier allerdings wären die Löhne der Bediensteten für zwei Jahre im Voraus eingeschlossen.

Der Gedanke, die ökonomische Situation der Massen durch Steuersenkungen zu verbessern, quasi eine Wiederauflage der Voodoo Ökonomie der Reagan Jahre, wird angesichts der hohen Verschuldung vieler Staaten nicht funktionieren. Er ist mit den Worten des australischen Ökonomen John Quiggin eine 'Zombie Idee'.

Steffen Casper

Sicherheit: Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen

Jan Korte

„Verantwortungsvolle Politik muss sich daran orientieren, den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben, statt die Welle aus Angst und Verunsicherung zu reiten“, stellt Jan Korte seinem Beitrag zur Sicherheitsdiskussion voran. Die ungekürzte Fassung ist Mitte Januar auf www.jankorte.de erschienen.

Die schrecklichen Terroranschläge der vergangenen Monate und insbesondere der Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember vergangenen Jahres haben in der Bundesrepublik zu einer regen Diskussion über die Sicherheit geführt. Eine solche Diskussion ist nicht nur berechtigt, sondern auch geboten. Damit sie wirkliche Erkenntnisse bringt, muss sie rational, überlegt und mit der Fähigkeit zur Selbstkritik geführt werden.

Statt an der renovierungsbedürftigen Sicherheitsarchitektur in der Bundesrepublik zu arbeiten, basteln Bundesinnenminister Thomas de Maizière oder Bundesjustizminister Heiko Maas an einer Sicherheitskulisse. Die elektronische Fußfessel hindert niemanden am LKW-fahren oder daran, Terroristen zu rekrutieren oder zu finanzieren. In Frankreich wurde erst 2016 ein Priester vom Träger einer Fußfessel ermordet. Und die schon im Sommer vorgeschlagene

Ausweitung der Videoüberwachung ist mag effektiv gegen Fahrzeugdiebstahl in Parkhäusern oder bei der Aufklärung sein. Aber sie verhindert keine Gewaltkriminalität und erstreckt keinen Terrorismus. Die als Lösungen präsentierten Ideen der Bundesregierung sind gefährlich ineffektiv im Kampf gegen den Terror. Und dadurch ist der mit ihnen einhergehende Eingriff in Freiheit und Grundrechte erstrecht unverhältnismäßig. Um als staatlicher Akteur aus der passiven Rolle der Reaktion auf terroristische Aktion herauszukommen und das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen, wäre ein sicherheitspolitischer Runder Tisch nötig, der darüber diskutiert, wie wir in Zukunft leben wollen: Wie das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit gewahrt werden kann, was die Sicherheitsbehörden an neuen Instrumenten benötigen und auf welche sie verzichten können. Wie Kommunen und soziale Gefüge gestärkt oder wieder hergestellt werden können und was wir noch tun können, um dem Terror den Boden entziehen können, auf dem er bei uns wächst.

Der Kampf gegen Terror darf keine sicherheitspolitische Diskussion bleiben. Wir brauchen mehr Geld für Kommunen, Deradikalisierungsprogramme, funktionierende Nachbarschaften, mehr Integrationsarbeit und mehr Mittel für Bildung und für die kommu-

nale Jugend- und Sozialarbeit, damit diese vor allem in den sozialen Brennpunkten besser ist als die der Salafisten oder Rechtsradikalen. Denn der Terror in Europa hat zwar einen internationalen Kontext, ist aber hausgemacht. Die Attentäter von Paris und Brüssel waren zum Großteil Belgier und Franzosen, die Attentäter von London Briten, andere haben sich erst in Europa radikalisiert. Die Flüchtlingspolitik mit der Sicherheitsfrage zu verquicken ist deshalb nicht nur unlauter, sondern auch gefährlich: Maßnahmen nach außen, wie Grenzsicherungen, Obergrenzen und Abschiebungen werden nichts daran ändern, dass islamistische und, nicht zu vergessen, rechtsextreme Terroristen bei uns heranwachsen. Und wenn wir nicht wollen, dass Terroristen in destabilisierten Regionen Erfolg haben, müssen wir dort zur Stabilisierung beitragen, statt mit Waffenexporten und Kriegseinsätzen die Lage noch zu verschlimmern.

Auf der anderen Seite darf Sicherheit nicht allein auf den Schutz vor Kriminalität und Terror reduziert werden, denn mindestens genauso wichtig ist die Sicherheit im Alltag: Natürlich müssen wir darüber reden, ob es richtig war, in 15 Jahren bei den Polizeien des Bundes und der Länder gut 10.000 Stellen abzubauen. Aber mehr Alltagssicherheit bringen auch andere Maßnahmen wie die Einführung von Assistenzsystemen für LKW, ohne die es in Berlin noch mehr Tote gegeben hätte. Eine Einführungs- oder Nachrüstungspflicht dafür würde, wie auch bauliche Maßnahmen, nicht nur Anschläge wie in Berlin oder Nizza

erschweren, sie würde im Alltag auch zu mehr Verkehrssicherheit führen und die Zahl von jährlich fast 800 bei Unfällen mit LKW getöteten Personen reduzieren. Wir meinen, dass man in einer Sicherheitsdiskussion hierüber genauso reden muss, wie darüber, dass dort, wo heute in U-Bahn-Stationen Videokameras Gewalttaten aufzeichnen, noch vor wenigen Jahren Bahnsteigpersonal gearbeitet hat, das im Zweifel eingreifen oder Hilfe holen konnte.

Die Reaktion auf einen Angriff auf die Freiheit, die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt darf nicht darin bestehen, sie freiwillig aufzugeben. Wir dürfen uns nicht die Agenda der Angst aufzwingen lassen, sondern müssen die Herausforderung des Terrors mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats annehmen und überwinden. Eine verantwortungsvolle Politik muss sich wieder daran orientieren, den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben, statt die Welle aus Angst und Verunsicherung zu reiten. Die bislang vorgeschlagenen Maßnahmen sind Wasser auf die Mühlen von denjenigen, die unsere freiheitliche Gesellschaft in ein immer autoritäreres Fahrwasser treiben. Erschreckend ist, wie viele sich hierbei instrumentalisieren lassen. Es bedarf eines Blickes über den Tellerrand und neuer Ideen, statt immer wieder in die sicherheitspolitische Mottenkiste zu greifen. Das ist mühselig und kostet Zeit. Wer aber behauptet, schnelle Lösungen für komplexe Probleme zu haben, hat die ganze Dramatik nicht begriffen.

Jan Korte

Agenda der Solidarität für eine inklusive Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge ist der Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten

Am 12. Februar 2017 wählt die 16. Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen einzige Aufgabe es ist, den Bundespräsidenten zu wählen. Die 16. Bundesversammlung besteht aus den 630 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden - insgesamt also aus 1.260 Mitgliedern. DIE LINKE ist durch 94 Mitglieder in der 16. Bundesversammlung vertreten. Professor Christoph Butterwegge bewirbt sich für DIE LINKE um das Amt des Bundespräsidenten.

